

A3 Antifa heißt Klimaschutz!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.05.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

Antragstext

1 3,2 Grad. 0 Ausreden.

2 Das Pariser Klimaabkommen war 2015 – und elf Jahre später bleibt vom 1,5-Grad-
3 Ziel nicht mehr viel übrig. In nur 10 Jahren haben wir unsere Chance auf ein
4 stabiles Klima quasi abgeschafft. Wenn der Status Quo beibehalten wird, leben
5 wir schon 2050 mit 2 °C Erderwärmung und bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet
6 das Umweltbundesamt aktuell mit 3,2 °C Erwärmung.

7 Das wird für uns drastische Folgen haben. Jeden Sommer wird es mehr Hitzetote
8 geben, da 40 °C eine normale Sommertemperatur sein wird. Das wird vor allem
9 Säuglinge, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen treffen. Also gerade
10 die Gruppen, die sich häufig nicht selbst schützen können.
11 Infektionskrankheiten, die oft tödlich enden, wie Malaria oder auch Gelbfieber,
12 werden sich weit über ihre bisherigen Gebiete verbreiten. Durch starke
13 Regenfälle nehmen die überschwemmten Flächen zu, wodurch mehr Mücken und andere,
14 auch tropische, Insekten sich vermehren. In Kombination mit der Hitze kann das
15 zu bakteriellen Erregern, wie Typhus und Cholera, in Europa führen, worauf unser
16 Immunsystem nicht vorbereitet ist. Bereits 1°C mehr Erderwärmung führt zu 6 %
17 weniger Mais-, Reis-, Soja- und Weizenerträgen, was eine unglaubliche
18 Versorgungsunsicherheit und absehbar Hungerkatastrophen mit sich bringen würde.
19 In einer 3-Grad-Welt wären rund 19 % der Erdoberfläche praktisch unbewohnbar.
20 Davon sind rund 3 Mrd. Menschen betroffen, deren Existenz auf dem Spiel steht.

21 Durch die Erderwärmung werden sich aber auch Lebensräume von Tierarten
22 verschieben. Bis zu 30 % aller Arten sterben vermutlich aus, wobei gerade die
23 mit kleinen Lebensräumen sehr gefährdet sind. Aktuell ist der Klimawandel noch
24 nicht die Hauptursache für das Artensterben, allerdings kann er das noch werden.

25 Die Klimakrise macht die Welt unberechenbar. Wetterextreme nehmen zu, aber auch
26 ganze Systeme können kippen. Durch die Versauerung der Ozeane könnte der
27 Golfstrom kollabieren und zu extremen, unbeherrschbaren Temperaturunterschieden
28 zwischen Wintern und Sommern in Europa führen.

29 Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und damit
30 eine Gerechtigkeitsfrage, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

31 Kein LNG, keine Lausitz-Kohle – echte Energiewende jetzt

32 Während die Klimakrise also immer näher kommt, möchte die
33 Bundeswirtschaftsministerin Reiche langfristige Gasverträge und dabei vor allem
34 die aktuelle LNG-Struktur erhalten sowie ausbauen. LNG steht für Liquefied
35 Natural Gas, also flüssiges Erdgas, das aus anderen Ländern, wie aktuell aus den
36 USA, nach Deutschland importiert wird. Beim Abbau durch Fracking werden ganze
37 Gebiete verseucht, Arten sterben, Menschen werden vertrieben, Aktivist*innen
38 verfolgt, die Gesundheit von Anwohner*innen gefährdet. All das meist vor allem
39 für die Profite von großen westlichen Gaskonzernen. Der LNG-Ausbau widerspricht
40 nicht nur den deutschen Klimazielen, sondern Wissenschaftler*innen sprechen

41 sogar von einem Gas Lock-in. Durch langfristige Verträge oder hohe
42 Investitionskosten werden wir quasi gezwungen weiter Gas abzunehmen und zu
43 verfeuern, als gäbe es kein Morgen. Die künstliche Konkurrenz durch fossile
44 Energien blockiert außerdem zusätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien.
45 Erdgas ist kein klimafreundlicher „Brückenenergieträger“, sondern verursacht
46 erhebliche CO₂- und Methan-Emissionen. Außerdem werden aktuell systematisch
47 Gesetze zu erneuerbaren Energien zurückgedreht, statt sie weiter voranzutreiben.

48 Auch Milliardeninvestitionen in fossile Infrastruktur, wie den Kohleabbau in der
49 Lausitz, arbeiten gegen die Einhaltung der Klimaziele. Dort werden weiterhin
50 Dörfer, Naturflächen und Lebensräume trotz wissenschaftlicher Warnungen
51 zerstört. Braunkohle gehört zu den klimaschädlichsten Energieformen und
52 verursacht enorme CO₂-Emissionen. Die Lausitz braucht einen sozial gerechten
53 Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen!

54 Diese fossile Energiepolitik stärkt autoritäre Regimes und schafft geopolitische
55 Abhängigkeiten von Staaten wie Katar oder auch den USA. Statt neuer Gasbohrungen
56 braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und
57 eine demokratische, öffentliche Energieversorgung.

58 Nationalismus, Hetze und fossile Interessen

59 Während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, formiert sich
60 weltweit gleichzeitig eine politische Bewegung der global agierenden extremen,
61 meist populistischen Rechten, deren Ideologie auf Wissenschaftsfeindlichkeit und
62 Nationalismus fußt. Nationalismus als deren Leitprinzip stößt bei globalen
63 Krisen mit seinen politischen Antworten wortwörtlich an seine Grenzen, da ein
64 planetarer Temperaturanstieg sich nicht an Staatsgrenzen stoppen lässt.
65 Populismus wiederum ist auf kurzfristige Popularität angewiesen und damit selbst
66 strukturell unfähig, eine langfristige nachhaltige Politik zu verfolgen.

67 Die extreme Rechte findet sich global in Netzwerken und Strukturen zusammen, die
68 unter anderem durch Tech-Milliardäre, die sogenannten Broliarchen, und fossile
69 Unternehmen finanziert werden. In rechten „Think Tanks“, wie EIKE, welches durch
70 Wissenschaftler*innen als Zentrum der organisierten Klimaleugnerszene bezeichnet
71 wird, oder dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ können Strategien
72 erdacht und in jenen rechtsextremen Netzwerken verbreitet werden.

73 Durch interne Plattformregulationen und die Privilegierung rechter und hetzender
74 Inhalte zerstören besagte Tech-Unternehmen die demokratische Öffentlichkeit und
75 untergraben unsere Diskursfähigkeit. Intransparent finanzierte alternative
76 Mediennetzwerke wie NIUS oder Apollo, aber auch rechte Influencer*innen nutzen
77 dies als Vorteil für offene Hetz- und Desinformationskampagnen. Durch
78 rechtskonservative Publikationen wie BILD, FOCUS oder Cicero nehmen sie Einfluss
79 auf den politischen Mainstream, wie an Kampagnen wie bspw. gegen Dr. Brosius-
80 Gersdorf und das Heizungsgesetz deutlich wird. Dadurch können sie enorm an
81 politischer Schlagkraft gewinnen. Auch die profilierten rechten Medienhäuser
82 profitieren dabei immer wieder von Zuwendungen oder Werbeeinnahmen durch die
83 fossile Lobby. Gegen diese Kampagnen müssen wir bewegungsübergreifend
84 zusammenstehen, Desinformation widersprechen und Aktivist*innen Rückendeckung
85 geben, um Resilienz gegen organisierte Hetze zu entwickeln.

86 Global vernetzt - Rechtsextreme gegen Demokratie und Klimaschutz

87 Die Geflechte der internationalen Rechten sind paradox: Nationalistische
88 Akteur*innen, die nach außen eine Politik der Abschottung proklamieren und die
89 sich aktiv gegen die internationale Zusammenarbeit bei globalen Krisen
90 aussprechen, sind selbst international eng vernetzt. Als internationalistisch
91 organisierte Nationalisten bekämpfen sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit
92 populistischen Erzählungen und verwandeln globale Krisen wie die Klimakrise in
93 nationale Feindbilder, die jede demokratische und grenzüberschreitende Lösung
94 blockieren. Während rechte Netzwerke den öffentlichen Diskurs verschieben,
95 erzielen Großkonzerne wie „Shell“ in Energie- und Krisen Krisen enorme
96 Zusatzgewinne und setzen ihre starke politische Lobby ein, um
97 Klimaschutzauflagen zu verwässern und politische Entscheidungen im Sinne
98 fossiler Geschäftsmodelle zu beeinflussen.

99 Eine gerechte Aushandlung von Klimaschutz geht nur auf demokratischer Grundlage.
100 Diese stellen Rechtsextremisten ganz grundsätzlich in Frage. Durch den Angriff
101 auf Minderheiten, Teilhaberechte, unabhängige Medien oder politische
102 Gegner*innen gefährden sie unser Zusammenleben. Rechtsextreme wollen die
103 Demokratie abschaffen. Aber egal ob durch Hetze und Desinformation im
104 bestehenden Diskurs oder den Angriff auf Institutionen - gerechte Aushandlungen
105 sind so nicht möglich.

106 Autoritäre „Antworten“ auf die Klimakrise

107 Neben der offenen Leugnung der Klimakrise entwickelt die extreme Rechte jedoch
108 auch eine scheinbar „ökologische“ Strategie: den Ökofaschismus. Hier werden
109 ökologische Krisen und Ressourcenkonflikte nicht geleugnet, sondern anerkannt.
110 Dies ist aber rassistisch und nationalistisch begründet. Anstatt globale und
111 solidarische Lösungen zu finden, wird „Heimatschutz“ beschworen. Das bedeutet,
112 dass Grenzen geschlossen werden sollen, um angeblich „überflüssige“ oder
113 „fremde“ Menschen auszuschließen oder sogar Gewalt zu legitimieren. Somit nutzen
114 rechte Akteur*innen Klima- und Umweltpolitik für ihre eigene menschenfeindliche
115 Agenda, die autoritäre, ausgrenzende Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll.

116 Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen

117 Wenn wir das Klima in den Griff bekommen wollen, dann nur gemeinsam. Bei einer
118 globalen Krise muss auch die Lösung global gedacht und gemeinsam ausgehandelt
119 werden. Klimagerechtigkeit richtet sich dabei nicht nach europäischen oder
120 nationalen Interessen. Nationaler Egoismus und Misstrauen sind keine Grundlage
121 für Zusammenarbeit.

122 Westliche Staaten müssen sich ihrer Verantwortung als größte Verursacher von
123 Emissionen und ihrer Schuld als Täter des (Neo-)Kolonialismus stellen. Im
124 Zusammenhang des Kolonialismus sind Macht, Wissen und Kapital anhand
125 rassistischer Kriterien strukturiert worden. Auf diese Weise wird die westliche
126 Welt bevorteilt und die Ausbeutung nicht-westlicher Staaten bis heute
127 legitimiert. Diese Systeme, Denkstrukturen und Machtverhältnisse bestehen bis
128 heute weiter. Ernst gemeinte Klimagerechtigkeit muss dekolonial sein, diese
129 Systeme in Frage stellen und abschaffen!

130 Konkret bedeutet das unter anderem eine gerechte Lasten- und Kostenverteilung
131 bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ein instabiles, heißeres
132 Klima zu akzeptieren. Internationale Regime, wie das Welthandels- oder
133 Finanzsystem, sind auf westliche Interessen ausgerichtet und sorgen bis heute

134 dafür, dass reiche Staaten und Konzerne bevorteilt werden. Sie schaffen
135 politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Kapitalstarke Staaten und
136 Unternehmen können so von Extraktivismus (Ressourcenausbeutung), Patenten und
137 frühen Investitionen profitieren, während die Chancen für alle ohne Kapital,
138 sich an die neue klimatische Realität anzupassen, noch weiter erschwert werden.
139 Diese Ausbeutungssysteme sind flankiert von rassistischer Grenz- und
140 Migrationspolitik. In einer Welt menschenverursachter Katastrophen, Dürren,
141 Überschwemmungen und tiefgreifender Klimaveränderungen werden Fluchtbewegungen
142 zunehmen. Auch aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive muss deshalb gelten: No
143 Border, No Nation, No Neokolonialismus.

144 Gerechte Transformation statt Scheinlösungen

145 Autokraten wie Trump blockieren internationale Klimapolitik und erpressen bspw.
146 die EU zu fossilen Importen. Durch diese sind wir abhängig von autoritären
147 Regimen. Von Armut betroffene Personen sind von Preissprüngen am meisten
148 betroffen, fossile Konzerne dagegen lassen sich mit Übergewinnen und
149 Subventionen wie dem Tankrabbat die Krise vergolden. Jeder Cent in fossile
150 Energien ist ein Cent für die Zerstörung von Klima und Demokratie. Es muss
151 gelten: Kein Gas und Öl mehr von Autokrat*innen und Faschist*innen, keine Kohle
152 für Zerstörung! Wer den Planeten kaputt macht, gehört abgeschafft: Fossile
153 Unternehmen enteignet, Lobbyismus und Werbung für die Klimazerstörung verboten,
154 die Finanzierung rechter Netzwerke und Medienplattformen trockengelegt!

155 Doch auch "grüne" Technologien haben neokoloniale Schlagseiten. Durch
156 Bergbauprojekte, u.a. in Lateinamerika, werden vor Ort Natur und Lebensräume
157 zerstört, Bewohner*innen werden vertrieben und Aktivist*innen erfahren
158 Repression. Spätestens die Klimakrise macht klar: Es gibt kein grenzenloses
159 Wachstum, wie ihn Kapitalismus-Jünger sich wünschen. Klimagerechtigkeit bedeutet
160 Solidarität mit den Aktivist*innen vor Ort, keine grüne Ressourcenausbeutung,
161 sondern nachhaltiges Wirtschaften und die globale Aushandlung gerechter
162 Ressourcenverteilung.

163 Antifa heißt Klimaschutz!

164 Die Klimakrise betrifft ökonomisch benachteiligte und sozial ausgegrenzte
165 Personen zuerst. Jede zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen
166 Ausgrenzung und Autoritarismus einsetzt, muss auch die Klimakrise in ihre Kämpfe
167 einbeziehen und ihren Aktivismus klimagerecht denken.

168 Als Zivilgesellschaft und Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir
169 deshalb Druck für eine klimagerechte Politik aufbauen. Das ist nicht immer
170 einfach. Die Klimakrise stellt uns vor viele Gerechtigkeitsfragen. Sie kann
171 verängstigen und ratlos machen. Die Fragen haben aber auch Antworten und machen
172 klar wie selten zuvor: Eine andere Welt ist möglich, sie muss es sogar sein.
173 Indem wir unsere Kämpfe verbinden, können wir sie gemeinsam gestalten.
174 Solidarität und Empathie kann man lernen und erfahren. Wir lassen uns nicht von
175 Rechten vereinzeln und die Hoffnung nehmen. Wir kämpfen für eine bessere Welt.

176 Klimagerechtigkeit geht nur global, antifaschistisch und gemeinsam. Antifa heißt
177 Klimaschutz!

Begründung

im Text selbst.

Die Erde wird immer wärmer

Die Erde wird wärmer. Das nennt man Klima-Wandel oder Klima-Krise.

Im Jahr 2015 haben viele Länder versprochen: Die Erde soll sich nicht mehr als 1,5 Grad erwärmen. Dieses Versprechen heißt: Pariser Klima-Abkommen.

Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Wenn sich nichts ändert: Bis zum Jahr 2100 wird die Erde 3,2 Grad wärmer sein.

Was passiert bei mehr Wärme?

Mehr Wärme bedeutet:

- Im Sommer wird es sehr heiß. 40 Grad können normal werden. Das ist gefährlich für Babys und kranke Menschen.
- Krankheiten wie Malaria breiten sich aus. Diese Krankheiten können töten.
- Starke Regenfälle kommen öfter. Dann gibt es mehr Überschwemmungen. Mehr Insekten vermehren sich. Das kann neue Krankheiten bringen.
- Es gibt weniger Getreide und Gemüse. Dann haben Menschen weniger zu essen. Viele Menschen könnten hungern.
- Viele Tiere sterben aus. Vielleicht bis zu 30 von 100 Tier-Arten.
- Rund 3 Milliarden Menschen könnten ihre Heimat verlieren. Weil ihre Heimat zu heiß oder überflutet wird.

Was müssen wir tun?

Wir brauchen echte erneuerbare Energien. Das bedeutet: Strom aus Wind, Sonne und Wasser.

Was wir nicht brauchen:

- Kein Flüssig-Gas (auf Englisch: LNG). Dieses Gas kommt aus anderen Ländern. Es schadet dem Klima. Es macht uns abhängig von anderen Ländern.
- Keine Braunkohle mehr. Braunkohle schadet dem Klima sehr stark. In der Lausitz werden dafür Dörfer abgerissen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen stattdessen: Sichere Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Branchen. Zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien.

Rechte Politik und Klima-Schutz

Manche politischen Gruppen sagen: Der Klima-Wandel ist nicht so schlimm. Oder: Der Klima-Wandel existiert gar nicht.

Das stimmt nicht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig: Der Klima-Wandel

ist real und gefährlich.

Diese rechten Gruppen arbeiten oft mit Öl- und Gas-Firmen zusammen. Die Firmen wollen weiter Geld verdienen. Deshalb blockieren sie Klima-Schutz.

Wir müssen das gemeinsam stoppen.

Klima-Gerechtigkeit für alle Menschen weltweit

Die Klima-Krise ist ein globales Problem. Das bedeutet: Das Problem betrifft die ganze Welt.

Deshalb müssen alle Länder gemeinsam handeln.

Reiche Länder haben mehr CO₂ ausgestoßen. CO₂ ist ein Gas, das die Erde erwärmt.

Deshalb haben reiche Länder eine besondere Verantwortung. Sie müssen mehr helfen.

Wenn das Klima sich verändert: Werden mehr Menschen fliehen. Weil ihre Heimat unbewohnbar wird. Diese Menschen brauchen Schutz und Unterstützung.

Faire Lösungen – keine falschen Versprechen

Fossile Energien sind: Öl, Gas und Kohle. Sie schaden dem Klima. Wer das Klima zerstört, muss aufhören.

Auch manche „grüne“ Technologien können Menschen schaden. Zum Beispiel beim Abbau seltener Metalle werden Menschen in anderen Ländern vertrieben. Das ist nicht gerecht.

Wir wollen: Echten Klima-Schutz. Der allen Menschen nützt. In Deutschland und weltweit.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Die Klima-Krise trifft arme Menschen zuerst. Und Menschen, die ohnehin weniger Rechte haben.

Deshalb gehören zusammen:

- Kampf gegen die Klima-Krise.
- Kampf gegen Ausgrenzung.
- Kampf für Demokratie.

Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Welt.

Klima-Schutz geht nur gemeinsam!

Leitantrag: Antifa heißt Klimaschutz!



Zur 1. Ordentlichen Landesmitgliederversammlung 2026

Antragstext:

3,2 Grad. 0 Ausreden.

Das Pariser Klimaabkommen war 2015 – und elf Jahre später bleibt vom 1,5-Grad-Ziel nicht mehr viel übrig. In nur 10 Jahren haben wir unsere Chance auf ein stabiles Klima quasi abgeschafft. Wenn der Status Quo beibehalten wird, leben wir schon 2050 mit 2 °C Erderwärmung und bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet das Umweltbundesamt aktuell mit 3,2 °C Erwärmung.

Das wird für uns drastische Folgen haben. Jeden Sommer wird es mehr Hitzetote geben, da 40 °C eine normale Sommertemperatur sein wird. Das wird vor allem Säuglinge, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen treffen. Also gerade die Gruppen, die sich häufig nicht selbst schützen können. Infektionskrankheiten, die oft tödlich enden, wie Malaria oder auch Gelbfieber, werden sich weit über ihre bisherigen Gebiete verbreiten. Durch starke Regenfälle nehmen die überschwemmten Flächen zu, wodurch mehr Mücken und andere, auch tropische, Insekten sich vermehren. In Kombination mit der Hitze kann das zu bakteriellen Erregern, wie Typhus und Cholera, in Europa führen, worauf unser Immunsystem nicht vorbereitet ist. Bereits 1°C mehr Erderwärmung führt zu 6 % weniger Mais-, Reis-, Soja- und Weizenanträgen, was eine unglaubliche Versorgungsunsicherheit und absehbar Hungerkatastrophen mit sich bringen würde. In einer 3-Grad-Welt wären rund 19 % der Erdoberfläche praktisch unbewohnbar. Davon sind rund 3 Mrd. Menschen betroffen, deren Existenz auf dem Spiel steht.

Durch die Erderwärmung werden sich aber auch Lebensräume von Tierarten verschieben. Bis zu 30 % aller Arten sterben vermutlich aus, wobei gerade die mit kleinen Lebensräumen sehr gefährdet sind. Aktuell ist der Klimawandel noch nicht die Hauptursache für das Artensterben, allerdings kann er das noch werden.

Die Klimakrise macht die Welt unberechenbar. Wetterextreme nehmen zu, aber auch ganze Systeme können kippen. Durch die Versauerung der Ozeane könnte der Golfstrom kollabieren und zu extremen, unbeherrschbaren Temperaturunterschieden zwischen Wintern und Sommern in Europa führen.

Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und damit eine Gerechtigkeitsfrage, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

Kein LNG, keine Lausitz-Kohle – echte Energiewende jetzt

Während die Klimakrise also immer näher kommt, möchte die Bundeswirtschaftsministerin Reiche langfristige Gasverträge und dabei vor allem die aktuelle LNG-Struktur erhalten sowie ausbauen. LNG steht für Liquefied Natural Gas, also flüssiges Erdgas, das aus anderen Ländern, wie aktuell aus den USA, nach Deutschland importiert wird. Beim Abbau durch Fracking werden ganze Gebiete verseucht, Arten sterben, Menschen werden vertrieben, Aktivist*innen verfolgt, die Gesundheit von Anwohner*innen gefährdet. All das meist vor

allem für die Profite von großen westlichen Gaskonzernen. Der LNG-Ausbau widerspricht nicht nur den deutschen Klimazielen, sondern Wissenschaftler*innen sprechen sogar von einem Gas Lock-in. Durch langfristige Verträge oder hohe Investitionskosten werden wir quasi gezwungen weiter Gas abzunehmen und zu verfeuern, als gäbe es kein Morgen. Die künstliche Konkurrenz durch fossile Energien blockiert außerdem zusätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien. Erdgas ist kein klimafreundlicher „Brückenenergieträger“, sondern verursacht erhebliche CO₂- und Methan-Emissionen. Außerdem werden aktuell systematisch Gesetze zu erneuerbaren Energien zurückgedreht, statt sie weiter voranzutreiben.

Auch Milliardeninvestitionen in fossile Infrastruktur, wie den Kohleabbau in der Lausitz, arbeiten gegen die Einhaltung der Klimaziele. Dort werden weiterhin Dörfer, Naturflächen und Lebensräume trotz wissenschaftlicher Warnungen zerstört. Braunkohle gehört zu den klimaschädlichsten Energieformen und verursacht enorme CO₂-Emissionen. Die Lausitz braucht einen sozial gerechten Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen!

Diese fossile Energiepolitik stärkt autoritäre Regimes und schafft geopolitische Abhängigkeiten von Staaten wie Katar oder auch den USA. **Statt neuer Gasbohrungen braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und eine demokratische, öffentliche Energieversorgung.**

Nationalismus, Hetze und fossile Interessen

Während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, formiert sich weltweit gleichzeitig eine politische Bewegung der global agierenden extremen, meist populistischen Rechten, deren Ideologie auf Wissenschaftsfeindlichkeit und Nationalismus fußt.

Nationalismus als deren Leitprinzip stößt bei globalen Krisen mit seinen politischen Antworten wortwörtlich an seine Grenzen, da ein planetarer Temperaturanstieg sich nicht an Staatsgrenzen stoppen lässt. Populismus wiederum ist auf kurzfristige Popularität angewiesen und damit selbst strukturell unfähig, eine langfristige nachhaltige Politik zu verfolgen.

Die extreme Rechte findet sich global in Netzwerken und Strukturen zusammen, die unter anderem durch Tech-Milliardäre, die sogenannten Broligarchen, und fossile Unternehmen finanziert werden. In rechten „Think Tanks“, wie EIKE, welches durch Wissenschaftler*innen als Zentrum der organisierten Klimaleugnerszene bezeichnet wird, oder dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ können Strategien erdacht und in jenen rechtsextremen Netzwerken verbreitet werden.

Durch interne Plattformregulationen und die Privilegierung rechter und hetzender Inhalte zerstören besagte Tech-Unternehmen die demokratische Öffentlichkeit und untergraben unsere Diskursfähigkeit. Intransparent finanzierte alternative Mediennetzwerke wie NIUS oder Apollo, aber auch rechte Influencer*innen nutzen dies als Vorteil für offene Hetz- und Desinformationskampagnen. Durch rechtskonservative Publikationen wie BILD, FOCUS oder Cicero nehmen sie Einfluss auf den politischen Mainstream, wie an Kampagnen wie bspw. gegen Dr. Brosius-Gersdorf und das Heizungsgesetz deutlich wird. Dadurch können sie enorm an politischer Schlagkraft gewinnen. Auch die profilierten rechten Medienhäuser profitieren dabei immer wieder von Zuwendungen oder Werbeeinnahmen durch die fossile

Lobby. **Gegen diese Kampagnen müssen wir bewegungsübergreifend zusammenstehen, Desinformation widersprechen und Aktivist*innen Rückendeckung geben, um Resilienz gegen organisierte Hetze zu entwickeln.**

Global vernetzt - Rechtsextreme gegen Demokratie und Klimaschutz

Die Geflechte der internationalen Rechten sind paradox: Nationalistische Akteur*innen, die nach außen eine Politik der Abschottung proklamieren und die sich aktiv gegen die internationale Zusammenarbeit bei globalen Krisen aussprechen, sind selbst international eng vernetzt. Als internationalistisch organisierte Nationalisten bekämpfen sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit populistischen Erzählungen und verwandeln globale Krisen wie die Klimakrise in nationale Feindbilder, die jede demokratische und grenzüberschreitende Lösung blockieren. Während rechte Netzwerke den öffentlichen Diskurs verschieben, erzielen Großkonzerne wie „Shell“ in Energie- und Kriegskrisen enorme Zusatzgewinne und setzen ihre starke politische Lobby ein, um Klimaschutzauflagen zu verwässern und politische Entscheidungen im Sinne fossiler Geschäftsmodelle zu beeinflussen.

Eine gerechte Aushandlung von Klimaschutz geht nur auf demokratischer Grundlage. Diese stellen Rechtsextremisten ganz grundsätzlich in Frage. Durch den Angriff auf Minderheiten, Teilhaberechte, unabhängige Medien oder politische Gegner*innen gefährden sie unser Zusammenleben. Rechtsextreme wollen die Demokratie abschaffen. Aber egal ob durch Hetze und Desinformation im bestehenden Diskurs oder den Angriff auf Institutionen - gerechte Aushandlungen sind so nicht möglich.

Autoritäre „Antworten“ auf die Klimakrise

Neben der offenen Leugnung der Klimakrise entwickelt die extreme Rechte jedoch auch eine scheinbar „ökologische“ Strategie: den Ökofaschismus. Hier werden ökologische Krisen und Ressourcenkonflikte nicht geleugnet, sondern anerkannt. Dies ist aber rassistisch und nationalistisch begründet. Anstatt globale und solidarische Lösungen zu finden, wird „Heimatschutz“ beschworen. Das bedeutet, dass Grenzen geschlossen werden sollen, um angeblich „überflüssige“ oder „fremde“ Menschen auszuschließen oder sogar Gewalt zu legitimieren. Somit nutzen rechte Akteur*innen Klima- und Umweltpolitik für ihre eigene menschenfeindliche Agenda, die autoritäre, ausgrenzende Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll.

Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen

Wenn wir das Klima in den Griff bekommen wollen, dann nur gemeinsam. Bei einer globalen Krise muss auch die Lösung global gedacht und gemeinsam ausgehandelt werden. Klimagerechtigkeit richtet sich dabei nicht nach europäischen oder nationalen Interessen. Nationaler Egoismus und Misstrauen sind keine Grundlage für Zusammenarbeit.

Westliche Staaten müssen sich ihrer Verantwortung als größte Verursacher von Emissionen und ihrer Schuld als Täter des (Neo-)Kolonialismus stellen. Im Zusammenhang des

Kolonialismus sind Macht, Wissen und Kapital anhand rassistischer Kriterien strukturiert worden. Auf diese Weise wird die westliche Welt bevorteilt und die Ausbeutung nicht-westlicher Staaten bis heute legitimiert. Diese Systeme, Denkstrukturen und Machtverhältnisse bestehen bis heute weiter. Ernst gemeinte Klimagerechtigkeit muss dekolonial sein, diese Systeme in Frage stellen und abschaffen!

Konkret bedeutet das unter anderem eine gerechte Lasten- und Kostenverteilung bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ein instabiles, heißeres Klima zu akzeptieren. Internationale Regime, wie das Welthandels- oder Finanzsystem, sind auf westliche Interessen ausgerichtet und sorgen bis heute dafür, dass reiche Staaten und Konzerne bevorteilt werden. Sie schaffen politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Kapitalstarke Staaten und Unternehmen können so von Extraktivismus (Ressourcenausbeutung), Patenten und frühen Investitionen profitieren, während die Chancen für alle ohne Kapital, sich an die neue klimatische Realität anzupassen, noch weiter erschwert werden. Diese Ausbeutungssysteme sind flankiert von rassistischer Grenz- und Migrationspolitik. In einer Welt menschenverursachter Katastrophen, Dürren, Überschwemmungen und tiefgreifender Klimaveränderungen werden Fluchtbewegungen zunehmen. Auch aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive muss deshalb gelten: **No Border, No Nation, No Neokolonialismus.**

Gerechte Transformation statt Scheinlösungen

Autokraten wie Trump blockieren internationale Klimapolitik und erpressen bspw. die EU zu fossilen Importen. Durch diese sind wir abhängig von autoritären Regimen. Von Armut betroffene Personen sind von Preissprüngen am meisten betroffen, fossile Konzerne dagegen lassen sich mit Übergewinnen und Subventionen wie dem Tankrabatt die Krise vergolden. Jeder Cent in fossile Energien ist ein Cent für die Zerstörung von Klima und Demokratie. Es muss gelten: Kein Gas und Öl mehr von Autokrat*innen und Faschist*innen, keine Kohle für Zerstörung! Wer den Planeten kaputt macht, gehört abgeschafft: Fossile Unternehmen enteignet, Lobbyismus und Werbung für die Klimazerstörung verboten, die Finanzierung rechter Netzwerke und Medienplattformen trockengelegt!

Doch auch "grüne" Technologien haben neokoloniale Schlagseiten. Durch Bergbauprojekte, u.a. in Lateinamerika, werden vor Ort Natur und Lebensräume zerstört, Bewohner*innen werden vertrieben und Aktivist*innen erfahren Repression. Spätestens die Klimakrise macht klar: Es gibt kein grenzenloses Wachstum, wie ihn Kapitalismus-Jünger sich wünschen. Klimagerechtigkeit bedeutet Solidarität mit den Aktivist*innen vor Ort, keine grüne Ressourcenausbeutung, sondern nachhaltiges Wirtschaften und die globale Aushandlung gerechter Ressourcenverteilung.

Antifa heißt Klimaschutz!

Die Klimakrise betrifft ökonomisch benachteiligte und sozial ausgegrenzte Personen zuerst. Jede zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen Ausgrenzung und Autoritarismus einsetzt, muss auch die Klimakrise in ihre Kämpfe einbeziehen und ihren Aktivismus klimagerecht denken.

Als Zivilgesellschaft und Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir deshalb Druck für eine klimagerechte Politik aufbauen. Das ist nicht immer einfach. Die Klimakrise stellt uns vor viele Gerechtigkeitsfragen. Sie kann verängstigen und ratlos machen. Die Fragen haben aber auch Antworten und machen klar wie selten zuvor: **Eine andere Welt ist möglich, sie muss es sogar sein.** Indem wir unsere Kämpfe verbinden, können wir sie gemeinsam gestalten. Solidarität und Empathie kann man lernen und erfahren. Wir lassen uns nicht von Rechten vereinzeln und die Hoffnung nehmen. Wir kämpfen für eine bessere Welt.

Klimagerechtigkeit geht nur global, antifaschistisch und gemeinsam. Antifa heißt Klimaschutz!